

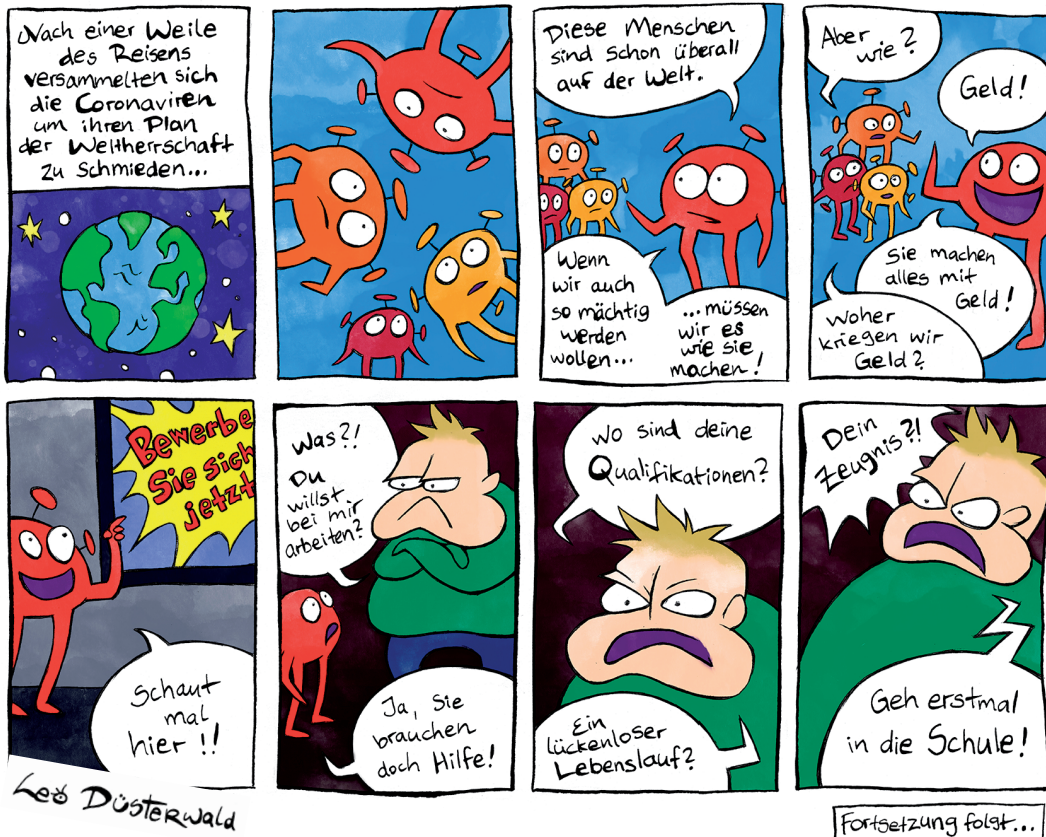
Offene Worte

Online Nr. 25

Zeitung der LINKEN für den Barnim 1. Juni 2020, 30. Jahrg.

Coronavirus Abenteuer

1x pro Woche



Kinder an die Macht!

Barnim fordert Regelbetrieb

Es ist auffällig: In den nordischen Ländern ging es im Corona-Modus zuerst um Kinderbetreuung und Schulen. Für beides gab es Konzepte, um Kinder und Familien zu entlasten.

In Deutschland geht es zuerst um die Wirtschaft, auch um Beschäftigte. Natürlich ist beides nicht voneinander zu trennen. Kurzarbeitergeld sichert Familieneinkommen, Wirtschaftsentwicklung schützt vor Armut. Dennoch ist wichtig, wie man auf die Dinge blickt.

Als am 23. April der Bundestag über die ersten Lockerungen debattierte, verwies Dietmar Bartsch, Fraktionschef der LINKEN, darauf, dass in der Arbeitsgruppe, die die weitere Notbetreuung in den Kitas empfahl, mehr Männer namens „Jürgen“ waren als Frauen. Am 8. Mai forderte Bartsch einen „Kinderpfeifer“, auch den gab es bisher nicht.

In Dänemark dagegen gab die Staatsministerin extra eine Pressekonferenz für Kinder. Schulen öffneten mit mehr Personal. Islands Premierministerin, Mutter von 3 Kindern zwischen 9 und 15 Jahren, ließ zuerst Schulen zum Normalbetrieb zurückkehren bevor Restaurants öffnen durften. Hier verschließt sich Deutschlands Kleinstaaterei: Mit gleichem Personal und Räumen soll mehr geleistet werden.

Inzwischen herrschen unzumutbare Zustände in der Kitabetreuung, wie Bürgermeister und Amtsdirektoren des Landkreises, unterstützt vom Landrat, nun in einem Beschwerdebrief an den Brandenburger Ministerpräsidenten formulierten. Der Regelbetrieb müsse beginnen.

In Deutschland wird viel über Geld geregelt: Kurzarbeitergeld, Lohnfortzahlung bei fehlender Kinderbetreuung, Kinderzuschlag. Das ist gut, eine Absicherung, die anderen Ländern fehlt. Aber Kinderbetreuung und Schule lässt sich nicht durch Geld aufwiegen. Kinderinteressen gehören berücksichtigt. Vielleicht mit Kinderparlamenten? Oder verändertem Wahlrecht? Wie im Songtext von Herbert Grönemeyer: Kinder an die Macht! (bc)

Hilfe für berufstätige Eltern

Der Bundestag beschloss am 29. Mai, dass jeder Elternteil, der wegen eingeschränkter Kita- oder Schulbetriebs nicht arbeiten kann, jeweils 10 Wochen Verdienstaufschlag in Höhe von 67 Prozent des Nettoeinkommens (höchstens 2.016 Euro/Monat; bei Kindern bis 12 Jahre) erhalten kann, Alleinerziehende bis zu 20 Wochen. Das Geld kann nun auch tageweise gezahlt werden. Die Auszahlung erfolgt über die Arbeitgeber, die die Erstattung beim Land beantragen können (siehe OW vom 28.5.2020).

Bürokratiemonster für Studierende

BAföG, Überbrückungshilfe oder Kredit? Viele Student*innen haben ihre Jobs verloren/LINKE: Brandenburg muss helfen

Am 29. Mai stellte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek das Programm vor, mit dem Studierende die Corona-Krise überbrücken können. Danach sollen Student*innen, die BAföG berechtigt wären, aber bisher aufgrund von eigenen Einkünften im Nebenjob oder durch Unterhalt ihrer Eltern kein BAföG erhalten haben, zuallererst BAföG beantragen.

Nur wer darauf keinen Anspruch hat (z.B. Zweitstudiums, Überschreiten der Regelstudienzeit), für den gibt es Überbrückungshilfe: Bundesweit 57 Studierendenwerke (DSW) können wahrscheinlich ab 8. Juni bis zu 500 Euro Zuschuss für maximal 3 Monate vergeben, aber abhängig vom Kontostand, bei 500 Euro Guthaben gäbe es also nichts.

Dritte Möglichkeit: Online bei der KfW einen Studienkredit mit bis zu 650 Euro monatlich beantragen, der bis zum 31. März 2021 als zinsloses Darlehen gewährt wird. Studierende aus EU-Mitgliedssta-

ten können den Antrag ab heute, dem 1. Juni, beantragen.

Aber Achtung, der Teufel steckt im Detail: Die vorübergehende Zinsfreiheit gilt nur für diejenigen, die bereits zuvor einen KfW-Kredit erhielten. Die Zinsen übernimmt der Bund auch nur für die Kredite, die sich bis zum 31. März 2021 in der Auszahlphase befinden. Danach tragen die Student*innen die Zinsen selbst. „Die Betroffenen sollen augenscheinlich zur Aufnahme von KfW-Krediten gedrängt werden“, kommentiert Nicole Gohlke, Bundestagsabgeordnete der LINKEN.

Laut DSW-Erhebung von 2016 waren 1,11 Millionen Student*innen auf Erwerbsarbeit angewiesen, für 750.000 ist dieses Einkommen seit Mitte März weg gebrochen. Ein ausnahmsweise möglicher Anspruch auf Grundsicherung wurde nicht geschaffen.

„Studierende werden erneut im Stich gelassen“, kommentiert Isabelle Vandré, hochschulpolitische Sprecherin der LINKEN im Brandenburger Landtag. Monatelanges Warten und dann ein „monströses bürokratisches Verfahren“. Brandenburg müsse einspringen, so Vandré, und dürfe „nicht dabei zusehen, wie immer mehr Studierende den Abbruch ihres Studiums in Erwägung ziehen müssen.“ In Hessen zum Beispiel erhielten Studierende 200 Euro aus Landesgeldern. (pm)

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.



nächste OW am 3. Juni